

Die Geschichte unserer Karlsruher Studienstätte

1878 bis 1920 Großherzogliche Badische Baugewerkeschule

1920 bis 1963 Staatstechnikum Karlsruhe – Badische Höhere Technische Lehranstalt

ab 1963 Staatliche Ingenieurschule Karlsruhe

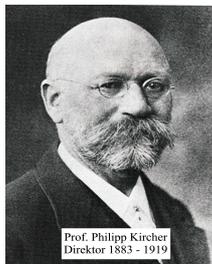
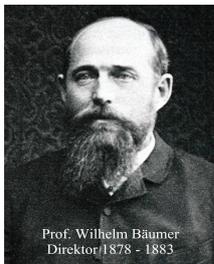
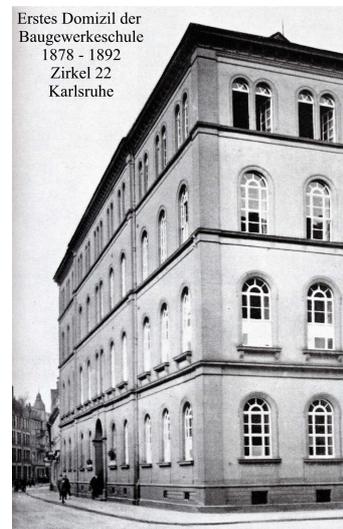
Bis zum Jahre 1878 waren die jungen Leute des Landes Baden, die eine über den Rahmen der Gewerbeschule hinausgehende Bildung suchten, denen aber die Bildungsziele der Technischen Hochschule zu weitgehend waren, genötigt, Anstalten des Auslandes aufzusuchen. Im Laufe der Zeit war es aber diesen Anstalten nicht mehr möglich, Schüler in größerer Zahl aufzunehmen. Immer lauter wurden daher die Stimmen, die die Regierung des Landes baten, eine Ausfüllung der als störend empfundenen Lücke zu veranlassen. Am 17.11.1877 teilte der Präsident des Finanzministeriums, Geheimrat Ellstätter, in der zweiten öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer des Badischen Landtages anlässlich der Vorlage des Staatsvoranschlags für 1878/79 mit, dass die Befriedigung des Bedürfnisses der Errichtung einer Baugewerkeschule in Karlsruhe einen neuen Staatsaufwand nötig mache.

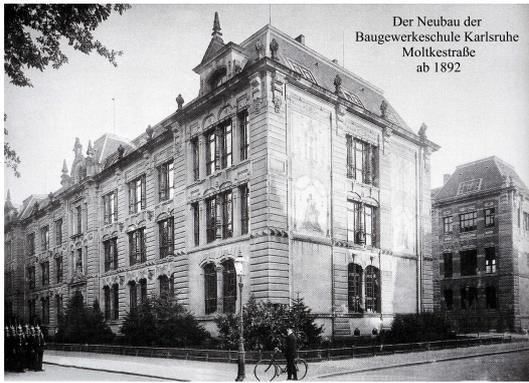
In der 32. Sitzung der Kammer am 29.1.1878 beantragte die Mehrheit der zu diesem Zweck gebildeten Kommission die Bewilligung von jährlich 14.195 Mark unter der Bedingung, dass die Stadt Karlsruhe die erforderlichen Räumlichkeiten für die Dauer des Bestehens der Schule unentgeltlich und unkündbar zur Verfügung zu stellen sich verpflichtet. Von den badischen Handwerkern und Gewerbetreibenden wie auch von einzelnen hervorragenden Technikern und Technikerverbänden waren im Ganzen 78 Petitionen eingegangen, in denen die Errichtung der Schule als sehr erwünscht bezeichnet wurde. Auch von den Abgeordneten wurde die Vorlage der Regierung freudig begrüßt, die dem Wunsch des Landes entgegenkomme.

Die Anstalt soll künftig Baugewerksmeister und auch Gewerbetreibende anderer Art, die mit dem Baugewerbe in Zusammenhang stehen, durch systematischen Unterricht auf ihren Beruf vorbereiten. Sie soll zugleich die Aufgabe erfüllen, Gewerbelehrer und niedere Staatsbautechniker für Hochbau und für Wasser- und Straßenbau heranzubilden. An der Anstalt, die mit zwei Fachkursen und einem doppelten Vorkurs eröffnet wurde, waren vorläufig außer dem Direktor zwei Professoren und ein Reallehrer als ordentliche Lehrkräfte tätig. Eine Reihe von Fächern ist außerdem tüchtigen Hilfskräften aus anderen Anstalten übertragen worden. Die Anstalt blieb zunächst auf eine bautechnische Abteilung beschränkt, deren Lehrstoff sich auf drei Vorklassen mit zwei Fachkräften verteilte. In den ersten fünf Jahren hatte sie mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen. Bis zur Erkenntnis des richtigen Lehrzieles musste das Lehrprogramm wiederholt geändert und mehr den Erfordernissen des praktischen Lebens angepasst werden. So verschwanden zuerst die wegen der Vorbereitung der Prüfung zur Erlangung der einjährig freiwilligen Berechtigung aufgenommenen allgemeinbildenden Lehrfächer (französische Sprache, Geschichte und Geographie). Ferner wurde die Ausbildung von Handwerkern ausschließlich den Gewerbeschulen zugewiesen.

Die Teilung in Vorklassen und Fachklassen wurde aufgegeben. Dafür wurden als Hilfs- und vorbereitende Fächer Geometrie, Technisches Zeichnen, Darstellende Geometrie und Deutsche Sprache eifrig betrieben. Als ein ganz besonders dringliches Bedürfnis stellte sich der Unterricht in der Deutschen Sprache heraus, so dass dieser Unterricht bis in die neueste Zeit beibehalten und auf die beiden untersten Klassen aller Abteilungen ausgedehnt werden musste.

Im Vordergrund des Fachunterrichts stand die Baukonstruktionslehre unter Berücksichtigung ihrer Zusammenhänge mit dem Handwerk.





Der Neubau der
Baugewerkschule Karlsruhe
Moltkestraße
ab 1892

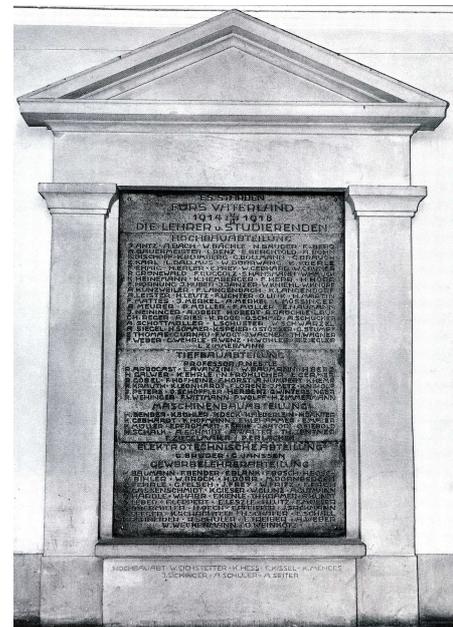
Durch die endgültige Zuweisung der Ausbildung der **Gewerbelehrer-Kandidaten** (sechsemestrig) im Jahre 1882, die Eröffnung der **maschinentechnischen Abteilung** im Jahr 1884, deren Lehrplan sich zunächst auf vier Halbjahresklassen (Semester) erstreckte und die Einführung der **staatlichen Werkmeisterprüfung** für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen, wurde das Ansehen der Anstalt nach außen gehoben und das Wesen einer staatlichen Lehranstalt betont. Im Juli 1893 erfuhr die Schule die zweite Erweiterung

durch Angliederung der **bahn- und tiefbautechnischen Abteilung**. Mit der Angliederung der **elektrotechnischen Abteilung** im Wintersemester 1903/04 hat die Gliederung der Karlsruher Baugewerkschule eine gewisse Vollständigkeit erreicht, die auch noch dem heutigen Stande des technischen Mittelschulwesens entspricht.

Der Ausbruch des 1. Weltkrieges, 14 Tage vor der planmäßigen Beendigung des Sommerhalbjahres 1914, unterbrach den Schulbetrieb jäh. Er sollte auch in der Geschichte und der Verfassung der Anstalt die erste Epoche der Karlsruher Baugewerkschule beschließen. Zur Wiederaufnahme des Unterrichts der Baugewerkschule erwirkte das großherzogliche Ministerium des Innern beim Sanitätsamt eine teilweise Freigabe des Schulgebäudes, das bis dahin als Lazarett diente. Die Wiederaufnahme des Schulbetriebs in den zwei untersten Klassen mit 51 Schülern hatte immerhin den Nutzen, dass eine größere Anzahl Kriegsbeschädigter unterrichtet und in ihrem Beruf weiter gefördert werden konnten. Der junge Zuwachs wurde meist vor Beendigung eines Kurses zum Heer einberufen, soweit der Gesundheitszustand sie dazu nicht gänzlich untauglich erscheinen ließ.

Der Weltkrieg hat auch unserer Schule schwere Wunden geschlagen. Aber über Tod und Wunden hinweg gedenken wir auch mit Stolz und Dankbarkeit der unermesslichen Opfer, die unsere jungen Studierenden in treuer Pflichterfüllung dem Vaterland gebracht haben. Im zweiten Kriegsjahr konnte festgestellt werden, dass von 524 Studierenden 480, d.h. 93,3% im Kriegsdienst waren und davon sind die meisten schon in den ersten Kriegstagen eingezogen worden. Die Ehrentafel, welche nach dem Entwurf des Kommilitonen Winter ausgeführt und in der Mittelhalle des ersten Obergeschosses von der Schule als Ehrenmal und als Mahnung für unsere Studierenden aufgestellt worden ist, trägt 170 Namen der fürs Vaterland 1914/18 gestorbenen Studierenden und Lehrer. 80 davon gehörten dem Hochbau, 26 dem Tiefbau, 19 dem Maschinenbau, 2 der Elektrotechnik, 42 der Gewerbelehrerabteilung und einer gehörte dem Lehrkörper an.

Nachdem die Schule während der Kriegsjahre nur kümmerlich ihr Dasein gefristet hatte, brach nach der Beendigung des Krieges mit der Entlassung der Studierenden aus dem Heeresdienst und aus der Gefangenschaft die durch vier Kriegsjahre aufgestaute Schar der Aufnahmesuchenden wie eine Sturzwellen über die Schule herein. Die durch die Teilnahme am Krieg in der Fortsetzung ihrer Ausbildung behinderten Studierenden drängten danach, ihre Ausbildung nun möglichst rasch zum Abschluss zu bringen. Dazu kam das völlige Erliegen der Bautätigkeit, das es dem angehenden Techniker fast unmöglich machte, eine Anstellung im Bau- oder Maschinengewerbe zu finden. Alle, die auf Baustellen oder Werkstätten keine Beschäftigung fanden, drängten gleichfalls zur Schule.



Bei Ablauf der Anmeldefrist lagen 820 Aufnahmegelesuche vor, obwohl ein großer Teil der Aufnahmesuchenden schon mündlich abgewiesen worden war, weil sie wegen Nichterfüllung der Aufnahmebedingungen von der Aufnahme ohne weiteres ausgeschlossen werden mussten. Von den 820 zugelassenen Aufnahmesuchenden mussten sodann 101 wegen Nichtbestehens der Aufnahmeprüfung abgewiesen werden. Am 15. Oktober 1919 konnte das 42. Schuljahr eröffnet werden, nachdem vorher das staatliche Gebäude wieder bezogen worden war. Während bis dahin die höchste Besuchsziffer eines Winterhalbjahres 552 betragen hatte, betrug die Besuchsziffer dieses Halbjahres 710 Studierende.

Dieser starke Besuch zwang zur restlosen Ausnützung des Schulgebäudes unter Aufteilung des großen Modellsaales im zweiten Obergeschoss, eine Errungenschaft des dritten Bauabschnittes, zu einer größeren Anzahl von Lehrsälen. Ferner zur Einrichtung von Parallelkursen für die unteren Hochbau- und Maschinenbauklassen und zu einer sehr bedauerlichen Überfüllung aller Klassen mit einer Vermehrung des Lehrkörpers durch Hilfslehrkräfte.

Die Wellenkreise des politischen Umsturzes ergriffen auch die Schulverhältnisse. Der Geist der Leitung und Verwaltung, welcher während der letzten Jahre vor dem Kriege die Schule beherrscht hatte, konnte den berechtigten Ansprüchen einer technischen Lehranstalt mit ihrem Anpassungsbedürfnis an die Fortschritte der Technik nie ganz gerecht werden; er musste dem entfesselten Freiheitsdrang des Jahres 1918 weichen. Es war ganz natürlich, dass den technischen Lehrern, die den Unterricht erteilten, neben der Verantwortung auch der gebührende Einfluss auf die Gestaltung des Unterrichtes in einer angemessenen Form gewährt wurde. Auch den Studierenden mussten größere Freiheiten eingeräumt werden, als sie der bisherige, auf unmündige Menschen eingestellte Schulzwang gewährte, zumal die Studierenden der Jahre 1918/20, abgesehen von denjenigen der ersten Klassen, vorwiegend Kriegsteilnehmer waren, deren Empfinden in jener kritischen Zeit mit Geduld und Tatkraft getragen werden musste. Natürlich führten die freiheitlichen Bestrebungen und die oftmals maßlose Überschätzung des Persönlichkeitswertes unreifer Menschen zu allerhand Auswüchsen, die aber sehr bald an dem gesunden Geist scheiterten, der in den Kreisen unserer Studierenden immer vorherrschend war.

Die Schule gehörte vom Jahre 1878 bis 1881 zum Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern. Referent der Anstalt war während dieser Zeit Ministerialrat, später Direktor des Oberschulrats, August Jost. Im Jahre 1881 wurde die Studienanstalt dem Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und Unterricht zugeteilt. Interessanterweise ist noch zu bemerken: Mit dem Übergang des gewerblichen Unterrichtswesens an das Ministerium des Kultus und Unterricht im Jahre 1919 wurde die Studienanstalt diesem Ministerium wieder unterstellt.

Auf die Vorlage des Entwurfs der Schulverfassung wurde seitens des Ministeriums durch den Referenten, Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Bartning, zunächst Anfang Juli 1919 die Genehmigung zur probeweisen Einführung der Kollegial-Verfassung erteilt. Damit wurden die Abteilungen selbständiger gemacht und in die Lage versetzt, die Belange ihrer Sondergebiete sachgemäß und eindringlich zu wahren. Gegenüber der früheren Verfassung ist diese Neuerung der Förderung des technischen Unterrichtswesens zum großen Nutzen geworden (wie sich dies während der 9-jährigen Praxis bewiesen hat). Mit dem Direktor und seinem Amtsvorgänger bildeten die vier Abteilungsvorstände, so lange die Gewerbelehrerabteilung an unserer Anstalt war, den Vorstand. Entsprechend den Vorgängen an den übrigen technischen Fachschulen im Reich wurde der Name "**Baugewerkeschule**", den unsere Lehranstalt während 42 Jahren in Ehren trug, der aber den Lehrzielen nie recht entsprochen hat, in "**Badische Höhere Technische Lehranstalt (Staatstechnikum)**" abgeändert. Dabei ist die Betonung auf das Beiwort "Höhere" zu legen, weil mit dem amtlichen Begriff dieser Bezeichnung eine gewisse Berechtigung für die Absolventen dieser Techniker-Mittelschule verbunden wurde.

Mit Verordnung des Ministeriums des Kultus und Unterricht vom 22. Juni 1921 wurden bei den vier technischen Abteilungen des Staatstechnikums Beiräte ernannt, die teilweise dem Lehrkörper oder den staatlichen Behörden, teilweise aber auch der Industrie und dem Gewerbe angehörten und deren Aufgabe es war, sich in wichtigen Fragen des Lehr- und Unterrichtsbetriebes der Abteilungen gutachtlich zu äußern.



Bei der ersten Wahl nach der neuen Verfassung wurde **Professor Otto Karl Schulz**, der dienstälteste, planmäßige Lehrer, der den am 28.4.1919 aus seinem Amt ausgeschiedenen Direktor, **Geh. Oberbaurat Philipp Kircher**, vertreten hatte, für die Amtszeit vom 1.10.1920 bis 1.10.1922 vom Lehrerkollegium gewählt und vom Ministerium bestätigt. Ihm folgten der Reihe nach die Professoren **Beck, Peruesen, Stadtmüller** und **Eisenlohr**. Sie alle mühten sich vergeblich um die baldige Erweiterung des Staatstechnikums. Die Selbstverwaltung und die daraus bedingte höhere Verantwortung des einzelnen Lehrers entsprach nicht nur dem demokratischen Empfinden der Zeit, sondern auch ganz besonders den Bedürfnissen der Schule. Allerdings gewährleistet das Instrument allein noch nicht die Schönheit der Musik. Es kommt vielmehr darauf an, wie es gespielt wird.

Die Auswahl der technischen Lehrer ist nach dem Grundsatz erfolgt, dass neben einer guten theoretischen Vorbildung die Bewährung in einer selbständigen, verantwortungsvollen Stellung in der einschlägigen Praxis der Lehrtätigkeit vorangehen müsse. Auch kann während der Lehrtätigkeit auf die ständige Fühlung mit der Praxis und die Betätigung in derselben nicht verzichtet werden. Im Sommer 1928 setzte sich der Lehrkörper aus insgesamt 68 Mitgliedern zusammen, einschließlich des durch Wahl bestimmten Direktors, und zwar aus 43 planmäßigen und 2 außerplanmäßigen Lehrern, 2 vertraglichen Angestellten und 21 Hilfslehrern. Dass die gestellten Grundsätze in ihrer Auswirkung richtig waren, bewiesen die Lehrerfolge, für welche wir unseren verstorbenen Lehrern auch an dieser Stelle gerne Dank und Anerkennung zollen.



An erster Stelle soll der Direktor der Baugewerkeschule, **Geheimer Oberbaurat Philipp Kircher**, mit einer 36-jährigen Amtsdauer, erwähnt werden, dem die Schule die erste brauchbare Organisation verdankt. An einige besonders eifrige und anregende Lehrer werden sich die früher Studierenden mit Dankbarkeit erinnern: Der Oberreallehrer **Xaver Köppel** und **Engelbert Rolly**, ferner des Prof. **Wilhelm Bender** und des Reallehrers **Friedrich Müller**. Von den erfolgreichen technischen Lehrern, die auch außerhalb unserer Lehranstalt in großem Ansehen standen, gedenken wir des nachmaligen technischen Referenten und Kollegialmitgliedes im Ministerium des Innern und der Finanzen, des Oberbaurates Prof. **Adolf Hanser**, Architekt und Erbauer mehrerer bedeutender Banken und staatlicher Verwaltungsgebäude, sowie seines Nachfolgers als Baureferent im Ministerium des Innern, des Baurates Prof. **Ludwig Levy**. Aus der Hochbauabteilung haben noch die Namen Prof. **Albert Neumeister**, Prof. **Theodor Krauth**, später Oberregierungsrat im Ministerium des Innern, Prof. **Ernst Hebele** und Prof. **Max Hummel** einen guten Klang. Als hervorragender Statiker bewährte sich der durch seine praktischen Bücher weithin in gutem Ruf stehende Prof. **Rudolf Lauenstein**, der ursprünglich der Maschinenbauabteilung angehörte. Aus der Maschinenbauabteilung seien erwähnt Prof. **Kurt Straube**, Prof. **Freimut Henneberg**, Prof. **Max Hennecke**, Prof. **Heitler** und Prof. **Ahrens**. Aus der elektrotechnischen Abteilung sind zu nennen Professor **Kämmerer**, aus der Tiefbauabteilung Prof. **Paul Nestle** der aber leider aus dem Krieg nicht mehr zurückgekehrt ist.

Die nun durchgesetzte Ordnung störte im Jahre 1931 das Reich mit der sogenannten Baumeister-Verordnung. Diese war auf preußische Fachschulen zugeschnitten, die mit ihren Anforderungen und Zielsetzungen zum Teil weit hinter den süddeutschen Schulen zurückgeblieben waren. Das Staatstechnikum durfte die Berufsbezeichnung "**Baumeister**" nicht mehr verleihen. Der "Badische Baumeisterbund" wandte sich daraufhin an den ehemaligen badischen Gesandten in Berlin, Dr. Honold. Seiner Verhandlungskunst gelang es, den Absolventen des Staatstechnikums die von diesen geforderte neue Berufsbezeichnung "**Staatlich geprüfter Ingenieur**" durch das Ministerium zu sichern. Gegen die Verleihung dieser Berufsbezeichnung erhob der VDI Einspruch und verlangte letztlich Zurücknahme. Inzwischen war aber auch die württembergische Regierung dem Beispiel der badischen gefolgt und hatte ihren Absolventen ebenfalls diese Bezeichnung verliehen.

In Berlin musste man nachgeben und so wurde die Berufsbezeichnung auch den Absolventen anderer gleichwertiger Schulen verliehen.

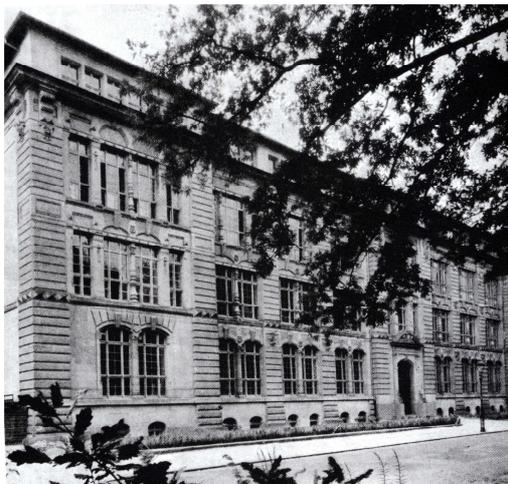


Das dunkelste Kapitel in der Geschichte des Staatstechnikums begann im Jahre 1945 nach dem Zusammenbruch. Die Direktion und ein Teil der Dozenten befanden sich in Konstanz, die anderen in Karlsruhe. Durch die Entnazifizierungsmaßnahmen wurde der alte Lehrkörper völlig zerschlagen. Anstelle der alten Dozenten wurden neue und ein neuer Direktor eingestellt. Der erste Entlassene, der wieder den Dienst aufnahm, war Prof. Lochstampfer, der Leiter der Hochbauabteilung.

Interessant ist, dass die Studienbewerber mehrere Monate am Wiederaufbau arbeiten mussten, bevor sie zum Studium zugelassen wurden. Im Frühjahr 1947 übernahm das Bezirksbauamt den

Wiederaufbau. Allerdings standen als Bauarbeiter auch jetzt nur die Bautrupps der Studierenden zur Verfügung, bis nach der Währungsreform im Jahre 1948 Baufirmen für den Wiederaufbau verpflichtet werden konnten.

Der Wiederaufbau ließ das Gebäude in der alten Form neu erstehen. Das ehemalige Mansardendach wurde durch ein weiteres Stockwerk ersetzt. Leider konnten hier nicht alle Erkenntnisse über den modernen Schulbau verwirklicht werden. Ebenso bescheiden ist auch der Innenausbau geworden. Wie bekannt, waren durch einen Luftangriff am 27. September 1944 alle Bauten, die im Gebiet des Staatstechnikums gelegen waren zerstört worden. Das **Staatstechnikum** hat sich um dieses Gelände beworben und erhielt auch vom Land die Genehmigung zur Bebauung.



Seit der Gründung der **Baugewerkeschule** sind Welten zusammengebrochen und wieder neu erstanden. An die Stelle des stillen Privatgelehrten stellt das Leben den Ingenieur und den Facharbeiter. Es mag bedauerlich sein, ändert aber nichts an der Tatsache, dass dem so ist. Die Barrieren zwischen den Ständen verschwinden immer mehr und es dominiert die Leistung. Damit haben sich unsere Absolventen ihren Platz in der Wirtschaft und daraus resultierend auch im öffentlichen Leben erobert.

Unsere heutigen Bauwerke aus Beton und Glas erfordern den geschulten Ingenieur als Planer, Gestalter, Konstrukteur und Statiker und sie erfordern ihn auch für die Ausführung. Die Maschinenindustrie geht neue

Wege und die Elektrotechnik scheint überhaupt erst am Anfang ihrer Entwicklung zu stehen.

Die abgeschlossene Ausbildung als Ingenieur am Staatstechnikum berechtigt zum Eintreten in die gehobene Laufbahn des technischen Dienstes, der öffentlichen Verwaltungen, zur Tätigkeit als freischaffender Architekt oder Bauunternehmer, als beratender Ingenieur, als Betriebsleiter, Betriebsingenieur und Konstrukteur. So wie den beamteten Absolventen bei



entsprechender Leistung auch die höchsten Beamtenstellen zu besetzen offen stehen, stehen ihnen in der freien Wirtschaft Prokuristen- und Direktorenstellen offen.

Im Jahre 1952 wurde Herrn **Professor Dr. Huber** die Leitung der Ingenieurschule übertragen. In die Zeit seines Wirkens als Direktor fällt wohl die markanteste Epoche in der Geschichte unserer Lehrstätte. Anlässlich seines 65. Geburtstages im Mai 1967 hat die führende Tageszeitung in Karlsruhe, "BNN", die Verdienste des **Herrn Professor Dr. Huber** wie nachstehend gewürdigt.

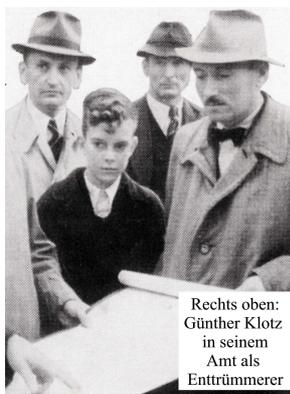
“Die Ingenieurschule steht im Mittelpunkt des Wirkens von Prof. Huber. Er gehörte ihr zunächst als Dozent an, wurde am 1. Oktober 1952 kommissarisch und am 1. Juli 1953 endgültig mit ihrer Leitung beauftragt. Für diese verantwortungsvolle Aufgabe brachte Prof. Huber, Absolvent des hiesigen humanistischen Gymnasiums und ehemaliger Architekturstudent der Technischen Hochschule Karlsruhe, eine vielseitige Erfahrung mit. Zunächst aus dem engeren Fachgebiet als Assistent von Prof. Wulzinger (Baugeschichte), seit 1928 als Regierungsbaumeister in fünfjähriger Tätigkeit beim Klinikbaubüro Freiburg, danach als Angehöriger des Badischen Ministeriums des Innern. Für Karlsruhe von besonderem Interesse ist das Thema der Dissertation des Jubilars „ Die Stefaniestraße in Karlsruhe“, ein dankenswerter Beitrag zur Baugeschichte unserer Stadt. Der Technischen Hochschule, jetzt Universität, ist Prof. Huber seit 1950 als Privatdozent und seit 1957 als außerplanmäßiger Professor verbunden.

Bald nach dem Kriege wandte sich Prof. Huber der Ingenieurschule zu. Das damalige Staatstechnikum hatte auch durch die Bombenangriffe gelitten, seine Gebäude mussten also von Schäden befreit, der Lehrbetrieb in den ersten Jahren mit bescheidenen Mitteln geführt werden. Aus dieser vergleichsweise engen Ausgangsposition erwuchs während der Amtszeit von Prof. Huber eine moderne, im besten Sinne des Wortes großzügige Schulanlage, die jetzt ihrer Vollendung entgegensteht (Kapazität 2000 Studenten). Karlsruhe wird danach die größte Ingenieurschule des Landes beheimaten. Er hat diesen Ausbau mit immer neu ansetzenden Bemühungen vorangetrieben.

Dieser glänzenden äußeren Entwicklung entspricht der innere Ausbau. Zu den in gewissem Sinne klassischen Studieneinrichtungen des **Hochbaus, Bauingenieurwesens, Vermessungswesens, des Maschinenbaus und der Elektrotechnik** kamen während der Amtszeit von Prof. Dr. -Ing. Huber viele neue Richtungen, zunächst als besondere Abteilung die **Nachrichtentechnik**, dann die **Feinwerktechnik, die Wirtschafts- und Betriebstechnik**. Karlsruhe kann mit gewissem Stolz auf diese reichen Möglichkeiten der Ingenieurausbildung hinweisen. An die Führungskraft und das Organisationstalent der Schulleitung stellt dieser in rascher Folge vorgenommene Ausbau große Anforderungen. Oberbaudirektor Dr. -Ing. Huber hat sich hier außerordentliche Verdienste und hohes Ansehen erworben.

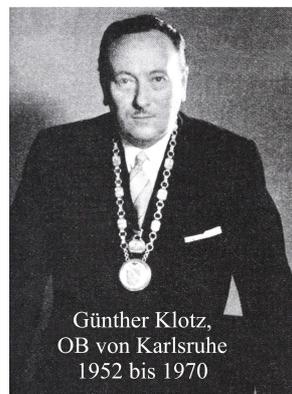
Als Präsident des Arbeitskreises der Direktoren an Deutschen Ingenieurschulen wirkt Professor Huber bedeutsam im ganzen Bereich des Deutschen Ingenieurschulwesens und besonders auch bei der Behandlung einschlägiger internationaler Fragen, wie sie mit der europäischen Integration aufgeworfen werden, mit. Er ist außerdem Sprecher der Direktorenkonferenz der baden-württembergischen Ingenieurschulen und so an hervorragender Stelle berufen, die Weiterentwicklung unserer heimatlichen Ingenieurschulen zu fördern.

Für seine Leistungen um die Ingenieurschule Karlsruhe und das Ingenieurschulwesen im ganzen gebührt Professor Huber, der bei aller von Amts wegen gebotenen Sachlichkeit und Bestimmtheit zu Kollegen und Studenten ein gutes menschliches Verhältnis fand, der aufrichtige Dank aller“.



Rechts oben:
Günther Klotz
in seinem
Amt als
Enttrümmerer

In den Jahren von 1952 bis 1970 war Günther Klotz Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe. Er war selbst Absolvent des Staatstechnikums in den Jahren 1934 bis 1936. In den Jahren 1936 bis 1938 war er auch Altherrenpräside der „**F.L. Markomannia**“ (damals Kameradschaftsführer genannt). Als er aus dem Krieg wieder nach Karlsruhe zurückgekehrt war, machte er sich vor allem einen Namen als Organisator bei der Enttrümmerung von Karlsruhe, bis er



Günther Klotz,
OB von Karlsruhe
1952 bis 1970

dann im Jahr 1952 zum Oberbürgermeister gewählt wurde. In diesem Amt war er maßgeblich am Wiederaufbau und der baulichen Gestaltung des Staatstechnikums beteiligt.

Die Geschichte unserer Karlsruher Studienstätte Teil 2

1963 bis 1971 Staatliche Ingenieurschule Karlsruhe

1971 bis 2005 Fachhochschule Karlsruhe, Hochschule für Technik

seit 2005 Hochschule Karlsruhe, Technik und Wirtschaft

Seit der Herausgabe unserer Chronik im Jahr 1968 hat sich in den vergangenen fünfundvierzig Jahren an unserer Studienstätte so viel ereignet, dass es sich anbietet, dies alles für die Nachwelt zu dokumentieren.

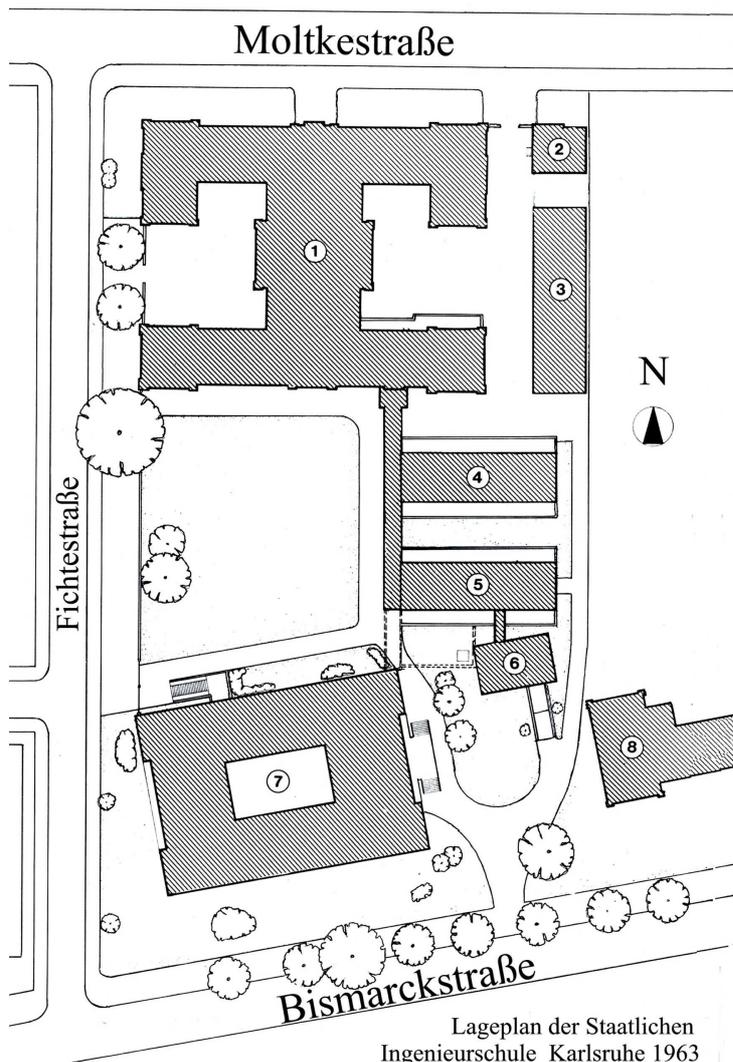
In den Jahren um 1960 erhielten die Absolventen ein Zeugnis, in dem ihnen bescheinigt wurde, die Führung des Titels

Staatlich geprüfter Ingenieur für z.B. Maschinenbau, Elektrotechnik

erworben zu haben. Nach 1964 erreichten die Ingenieurschulen mit der Graduierung des Berufsstandes erstmals eine nachhaltige Statusaufwertung, die von der „Deutschen Kommission für Ingenieurbildung“ (DKI) initiiert worden war. Danach bekamen die Absolventen nach bestandener Prüfung den akademischen, vor Missbrauch schützenden Titel

„Ing.(grad)“

urkundlich zuerkannt. Diese Nachgraduierung konnte auf Antrag von der Ingenieurschule allen Absolventen der Nachkriegsjahre erteilt werden.



Lageplan der Staatlichen
Ingenieurschule Karlsruhe 1963

Die bis in die 1950er Jahre an der Ingenieurschule Karlsruhe vertretenen Fachrichtungen

Hochbau, Tiefbau/ Bauingenieurwesen, Vermessungstechnik, Maschinenbau u. Elektrotechnik

wurden nun auf Grund neuer Anforderungen durch die Wirtschaft stetig erweitert:

1957 **Feinwerktechnik**

1961 **Elektrotechnik**

wurde gegliedert in
Nachrichtentechnik und
Elektr. Energietechnik

1965 **Wirtschaftsingenieurwesen**

1968 **Baubetrieb**

In der Jahresmitte 1960 konnte nach großer Raumnot endlich ein neues Lehrsaalgebäude an der Bismarckstraße bezogen werden. In dem zweigeschossigen Bau standen acht Lehrsäle zur Verfügung. Im Erdgeschoss wurde die Abteilung Feinwerktechnik untergebracht, im Obergeschoss der Maschinenbau. Auch neue Laborgebäude für die Elektro- und Maschinenbauabteilung sowie ein Kesselhaus entstanden in dieser Zeit.

Geradezu katastrophal war aber die Situation in der Mensa, die in den Katakomben, Fluren und Kellerräumen des Altbaues an der Moltkestraße hausen musste. Nach heutigen Maßstäben wäre es undenkbar, wie dort das Essen unter den vor Schwitzwasser tropfenden Rohrleitungen ausgegeben wurde.

Gegen Ende der 1960er Jahre regte sich bei den Studenten der Ingenieurschule Karlsruhe wie allerorten in der Bundesrepublik Deutschland Unmut. Zum einen standen die verkrusteten Strukturen im Fokus, zum anderen verlangten sie aber auch eine bessere Anerkennung ihres Abschlusses in Europa und in der Welt. Gegen Ende dieses Jahrzehnts kamen auf alle Universitäten, Hochschulen und Ingenieurschulen stürmische Zeiten zu. Nach diesen sogenannten 1968er Jahren war nichts mehr so wie vorher. Gesellschaftlich und politisch zerbrochen Welten und wurden neue Strukturen geschaffen. Dies betraf natürlich auch unsere Studienstätte, die **Ingenieurschule Karlsruhe**.



Direktor
Dr. Walter Huber



Direktor
Dr. Reinhold Glatz

Die Rektoratsübergabe von Oberbaudirektor Prof. Dr. **Walter Huber** an seinen Amtsnachfolger Prof. Dr.-Ing. **Reinhold Glatz** im Juni 1968 wurde überschattet von einem auf 4 Tage befristeten Streik der Studentenschaft. Dies rührte aus der Tatsache einer im gesamten Bundesgebiet auf halbem Wege liegen gebliebenen Ingenieurschulreform her. Die Kultusministerkonferenz hatte im November 1967 der Einbeziehung der Ingenieurschulen in den Hochschulbereich zunächst einmal eine Absage erteilt. So drohte den Ingenieurschulen beziehungsweise deren Absolventen wegen der bis 1970 anstehenden europaweiten Klärung des Niederlassungsrechtes die Nichtanerkennung, was letztendlich auf eine grobe Schlechterstellung des Berufsstandes hinauslief.

Im Mai 1968 fand in Karlsruhe eine Tagung der Direktoren Deutscher Ingenieurschulen statt.

800 Studierende – und damit rund zwei Drittel aller an der Ingenieurschule Immatrikulierten – bereiteten dem Kultusminister von Baden-Württemberg Prof. **Dr. Hahn** mit einem Spalier in Richtung Mensa einen lautstarken Empfang.



Dies stand wohl auch mit dem wenige Tage zurückliegenden Sternmarsch auf Bonn von 30.000 Menschen gegen die anstehende Verabschiedung der Notstandsgesetze in der Großen Koalition zusammen. Im Wintersemester 1969/70 spitzte sich die Lage weiter zu, so dass im Dezember 1969 von den Studierenden ein Vorlesungsboykott beschlossen wurde. Unter diesem Eindruck verfügte **Direktor Glatz** im Januar 1970 die vorübergehende Schließung der Ingenieurschule. Erst Ende Januar glätteten sich die Wogen, das Kultusministerium benannte Nachprüfungstermine, die aber nur von etwa einem Viertel der mit Vorprüfung oder Qualifikationsprüfung befassten Kommilitonen wahrgenommen werden konnten.

Lediglich die etwa 160 Examenkandidaten die bereits Anstellungsverträge hatten, nahmen an der Abschlussprüfung teil. So verloren die meisten Studierenden ein volles Studiensemester.

Im Jahr 1969 hatte eine Grundgesetzänderung dem Bund im Hochschulbereich Mitwirkungsrechte bei der Rahmengesetzgebung eingeräumt, die sich bis dahin auf der Grundlage der föderalen Staatskonzeption ausschließlich in der Zuständigkeit der jeweiligen Bundesländer befunden hatte.

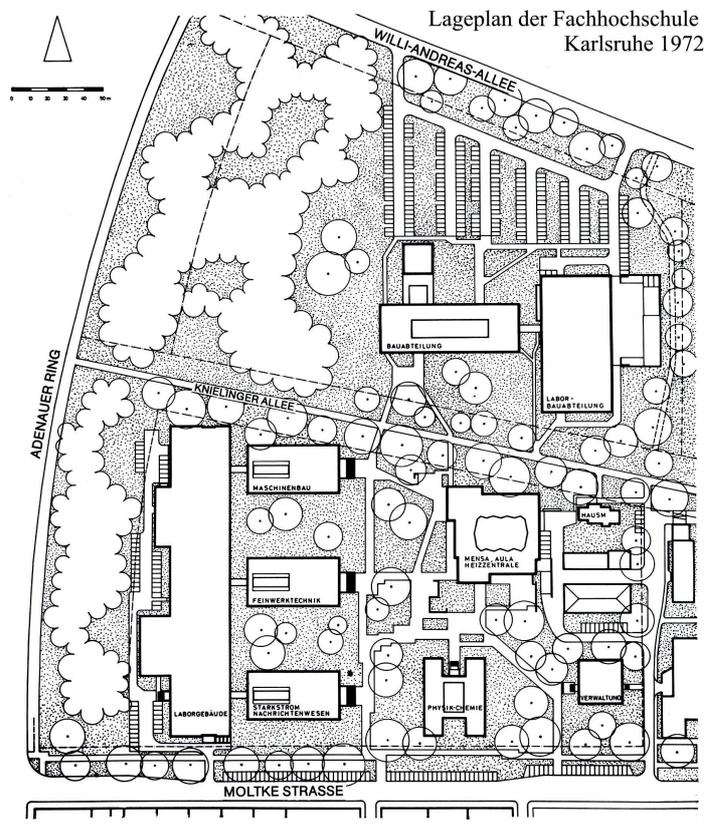
Mit dem „Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft“ (BMBW) sowie der „Bundesländer-Kommission“ (BLK) waren Institutionen geschaffen worden, um länderübergreifend eine Vereinheitlichung des Hochschulsektors herbeizuführen.

Mit der Verabschiedung des ersten Fachhochschulgesetzes nutzte Baden-Württemberg den Spielraum zur Einführung der **Fachhochschule** mit achtsemestriger Gesamtausbildung unter Einbindung **zweier Praxissemester**. Aufnahmevoraussetzung war jetzt die **Fachhochschulreife**. Übergangsweise konnte diese auch noch in einem Vorbereitungskurs erworben werden.

Die Absolventen bekamen ab 1971 den Titel:

Diplomingenieur (FH)

Auf Antrag konnte allen Nachkriegsabsolventen dieser Titel ebenfalls verliehen werden



Die Planungen für einen völligen Neubau aller Abteilungen der **Staatlichen Ingenieurschule Karlsruhe** nördlich der Moltkestraße begannen bereits in den 1960er Jahren. Im Stadtrat von Karlsruhe gab es aber lange heftigen Widerstand gegen die bauliche Nutzung des Hardtwaldes.

Trotzdem wurde nach Abwägung aller Argumente geplant und gebaut. Als erstes Gebäude konnten die Hörsäle für Chemie und Physik im Jahr 1967 in Betrieb genommen werden. Ende 1967 wurde auch die neue Mensa fertig, im März 1972 war dann die gesamte Anlage nach rund zehnjähriger Planungs- und Bauzeit fertiggestellt. Die bisherigen Laborgebäude und die Lehrsäle zwischen der Moltke- und der Bismarckstraße konnten der Pädagogischen Hochschule zur Nutzung übergeben werden.

Auch das Studienfachangebot wurde nun laufend erweitert:

- 1971 **Informatik**
- 1978 **Wirtschaftsinformatik**
- 1978 **Kartographie**
- 1991 **Sensorsystemtechnik**
- 1993 **Fahrzeugtechnologie**
- 1996 **Technische Redaktion**
- 1998 **International Management**
- 1998 **Vertriebsingenieurwesen**
- 2002 **Baumanagement**



Im Gegensatz zu ihren Vorgängereinrichtungen erlangten die **Fachhochschulen** – in formaler Hinsicht über die Hochschulgesetzgebung – schrittweise die Möglichkeit zur Herstellung von Auslandsbeziehungen.

Diese wurden im Zuge der Globalisierung ab den 1990er Jahren ständig erweitert. In den baden-württembergischen Fachhochschulen kam 1991 die Schaffung **Akademischer Auslandsämter** hinzu. Zuletzt waren es Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems, die im Zuge des vierten Hochschulrahmengesetzes 1998 die Einführung auch englischsprachiger **Bachelor- und Masterstudiengänge** ermöglichten. Somit steht die **FH Karlsruhe** seit Beginn der 1990er Jahre im Zeichen einer stetig wachsenden Internationalisierung

Diese neuen Studiengänge zum **Bachelor** und **Master** wurden auf Grund des sogenannten **Bologna-Prozesses** ab dem Jahr 1999 an allen Hochschulen und Fachhochschulen in Deutschland eingeführt. Hauptargument war dabei die weltweite Anerkennung der Abschlüsse nach dem angelsächsischen Muster. Auch eine Verkürzung der Studiendauer durch die Bachelor-Abschlüsse nach sechs Semestern war die Vision. Diese sollen die in USA recht unbekannteren Diplom-Abschlüsse ersetzen.

Im Herbst 1979 wurde der damalige Prorektor **Prof. Hans-Dieter Müller** zum **Rektor** der Fachhochschule gewählt. Er kam aus dem Bereich Nachrichtentechnik. Während seiner Amtszeit wurde als periodisch erscheinende Zeitschrift das **FH-Magazin** ins Leben gerufen, das seither in jedem Semester einmal herausgegeben wird, inzwischen (im Jahr 2010) schon mit Heft 61

Rektor **Hans-Dieter Müller** förderte auch den Ausbau weiterer Auslandsbeziehungen sowie neben der Lehre auch die Forschung an der FH.

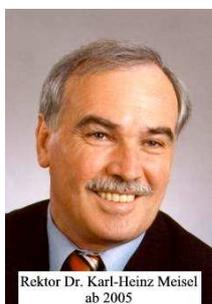
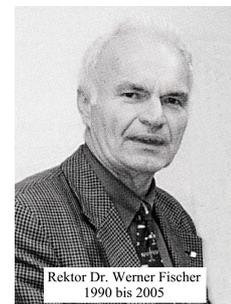


Sein Nachfolger, **Prof. Dr. Werner Fischer**, ein Maschinenbauer, trat sein Amt als neuer **Rektor** im März 1990 an und hatte dieses Amt bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2005 inne. Eines seiner Ziele war unter anderen, die

Frauenquote an der Fachhochschule zu steigern. Noch im Jahr 1971 hatte es lediglich zwei Professorinnen und 19 Studentinnen (1,2 %) gegeben.

Bis ins Jahr 2005 konnte dieser Anteil auf 14 Professorinnen (8%) und bei den Studentinnen auf immerhin 20% gesteigert werden.

Im Jahr 2003 blickte die Fachhochschule auf eine **125-jährige Geschichte** zurück. Dies wurde mit einer Reihe von Veranstaltungen gefeiert. Der **Maschinenbau konnte sein 125-jähriges Jubiläum** im Jahr 2009 ebenfalls mit einer großer Feier und einem Tag der Offenen Tür begehen.



Als neuer Rektor wurde **Prof. Dr. rer. nat. Karl-Heinz Meisel**, Informatiker, im Jahr 2005 zum Nachfolger von **Dr. Werner Fischer** gewählt und vom Kultusministerium bestätigt.

Im gleichen Jahr wurde die Fachhochschule Karlsruhe umbenannt. Sie trägt heute die Bezeichnung:



Im Jahr 2010 sind ca. 6540 Studenten eingeschrieben, 790 wissenschaftliche Mitarbeiter, davon 179 Professoren sind an der Hochschule fest angestellt.

Die Technische Hochschule Karlsruhe (Fridericiana), heute „KIT“ – Karlsruher Institut für Technologie

Bereits seit den 1970er Jahren sind unter den Aktiven der **Freien Landsmannschaft Markomannia** auch Studierende der **Technischen Universität Karlsruhe**, heute **KIT**. Deshalb bietet es sich an, auch einen kurzen Abriss dieser Studienstätte anzufügen, zumal inzwischen mehr als die Hälfte der Aktivitas am KIT immatrikuliert ist.

Die Gründung des ehemaligen **Polytechnikums Karlsruhe** erfolgte durch Großherzog Ludwig von Baden am 7. Oktober 1825 in Karlsruhe. Im Jahr 1865 wurde das Polytechnikum durch Großherzog Friedrich I. zur **Technischen Hochschule** erhoben (woher auch der 1902 eingeführte Beiname „**Fridericiana**“ rührt). 1967 wurde die **Technische Hochschule Fridericiana** durch ein entsprechendes Landesgesetz Baden-Württembergs in „**Universität Karlsruhe**“ umbenannt

Ein **Forschungszentrum Karlsruhe** (ursprünglich „Kernforschungszentrum Karlsruhe“) wurde im Jahr 1956 in Eggenstein-Leopoldshafen zur Erforschung und Weiterentwicklung der Kernenergie erbaut und betrieben. Am 6. März 1996 wurde mit dem „**Virtuellen Rechenzentrum**“ zwischen Universität und Forschungszentrum das erste große, gemeinsame Projekt im Bereich „Wissenschaftliches Rechnen“ begonnen.

Durch die Föderalismusreform im Juni 2005 wurden die Grundlagen einer Zusammenarbeit der vom Bundesland Baden-Württemberg getragenen **Universität Karlsruhe** und des vom Bund getragenen Teils der http://de.wikipedia.org/wiki/Helmholtz-Gemeinschaft_Deutscher_Forschungszentren **Helmholtz-Gesellschaft-Forschungszentrum Karlsruhe** gelegt. Es begannen die Vorbereitungen zur Teilnahme an der **Exzellenzinitiative**, bei der bis September 2005 die Unterlagen eingegangen sein mussten. Als Ziel wurde in diesem Beitrag das Zukunftsprojekt **KIT** umrissen.

Die Gründung des **Karlsruher Instituts für Technologie** erfolgte am 11. April 2006 mit der Unterzeichnung des Gründungsvertrags. Die „institutionalisierte Zusammenarbeit“ der Partner begann am 1. Juli 2006; seit diesem Tag nutzen beide Einrichtungen das **KIT**-Logo auf ihrem offiziellen Briefpapier.



Am 13. Oktober 2006 wurde das Ergebnis der ersten Stufe der **Exzellenzinitiative** bekannt gegeben, wobei neben den beiden erwarteten Universitäten in München (Ludwig-Maximilians-Universität München und Technische Universität München) auch die **Universität Karlsruhe** zur Siegerin erklärt wurde. Dies rechtfertigte nachträglich die **KIT**-Gründung.

Der **KIT**-Gründungsvertrag als Binnenvereinbarung wurde schließlich am 13. Dezember 2007 zwischen dem Forschungszentrum Karlsruhe und der Universität Karlsruhe unterzeichnet. Darin verpflichteten sich die beiden Einrichtungspartner, das Projekt weiter voranzutreiben mit dem endgültigen Ziel der vollständigen Verschmelzung der beiden Einrichtungen. Dieser Vertrag wurde im Februar 2008 mit einem Festakt im Kongresszentrum Karlsruhe gefeiert, bei dem auch die Fachminister des Bundes und des Landes Baden-Württemberg anwesend waren.

Am 8. Juli 2009 hat der Landtag von Baden-Württemberg das **KIT**-Zusammenführungsgesetz entsprechend dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit geringen Änderungen verabschiedet. Das Gesetz wurde am 14. Juli 2009 ausgefertigt und trat am 25. Juli 2009 in Kraft.

Das **KIT** wurde am 1. Oktober 2009 als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und zugleich "staatliche Einrichtung" errichtet. Die eigenständigen Rechtspersonen der Universität und des Forschungszentrums endeten an diesem Tag.

Im WS 2010/2011 sind rund 20.700 Studenten eingetragen, bei einer Frauenquote von 27 % und einem Ausländeranteil von ca. 16%.

Das **KIT** hat ca. 8.000 Mitarbeiter, davon 329 Professoren